

Kantonale Pro-Kopf-Einkommen

Zusammenfassung des Postulats

Mit dem am 14. März 2007 eingereichten und begründeten Postulat (*TGR S. 284*) bittet Grossrat Charly Haenni den Staatsrat um seine Meinung bezüglich des tiefen Pro-Kopf-Einkommens des Kantons Freiburg im Vergleich zum Schweizer Durchschnitt und bittet ihn darzulegen, auf welche Weise und mit welchen Mitteln er diese Situation zu verbessern gedenkt.

Antwort des Staatsrats

Bevor die Massnahmen dargelegt werden, die der Staatsrat zur Verbesserung des kantonalen Pro-Kopf-Einkommens getroffen hat, sollen zuerst drei Faktoren erwähnt werden, die dieses Einkommen negativ beeinflussen und auf die der Verfasser des Postulats im Übrigen bereits hingewiesen hat:

- das starke Bevölkerungswachstum im Kanton;
- der grosse Anteil an jungen Personen in der Freiburger Bevölkerung, was das Pro-Kopf-Einkommen beeinflusst, da die Löhne mit zunehmender Erfahrung steigen.

Gewiss, das kantonale Pro-Kopf-Einkommen ist tiefer als im Schweizer Durchschnitt. Der Staatsrat will denn auch den Abstand zum gesamtschweizerischen Durchschnitt verringern und setzt dazu im Regierungsprogramm für die Legislaturperiode 2007-2011 auf gezielte Massnahmen wie noch mehr Innovationsgeist und vermehrte Zusammenarbeit. Diese Problematik hat er in seiner Wirtschaftspolitik, die er bevorzugt auf Branchen mit hoher Wertschöpfung ausgerichtet hat, schon berücksichtigt. Die von Grossrat Haenni erwähnten Zahlen enden 2004. Die Resultate der Betriebserhebung 2005 zeigen aber, dass seit 2001 eine spürbare Verbesserung der Qualität von neugeschaffenen Arbeitsplätzen im Kanton erreicht werden konnte, was sich eindeutig positiv auf das Lohnniveau auswirkt. Diese Resultate bestätigen die Effizienz der vom Staatsrat definierten Wirtschaftspolitik.

Um Unternehmen mit starker Wertschöpfung zu einer Niederlassung im Kanton bewegen zu können, möchte der Staatsrat die allgemeinen Rahmenbedingungen verbessern. In diesem Zusammenhang scheint es besonders wichtig, den Unternehmen, die an einer Niederlassung im Kanton interessiert sind, rasch verfügbare und erschwingliche Grundstücke und Räumlichkeiten für wirtschaftliche Tätigkeiten anbieten zu können. Kürzlich wurde eine Arbeitsgruppe „aktive Bodenpolitik“ geschaffen, damit die Umsetzung dieser Politik vorbereitet werden kann.

Die gesunden Staatsfinanzen müssen auch die Möglichkeit bieten können, die Besteuerung von natürlichen und juristischen Personen positiv zu beeinflussen. Die vorgesehene Senkung der Steuersätze wird die Attraktivität des Kantons verbessern und wird es erlauben, neue Steuerzahler anzuziehen und dadurch ebenfalls das kantonale Pro-Kopf-Einkommen zu steigern.

Der Staatsrat möchte ferner die Kontakte zwischen den Hochschulen und der Privatwirtschaft verstärken, damit beide Seiten ihre Erfahrungen austauschen und besser auf die Bedürfnisse der anderen Seite eingehen können. Das Projekt eines Wissenschafts- und Technologiepols, der die Innovation und die Zusammenarbeit fördern soll und an dem zahlreiche Partner aus

Wissenschaft und Industrie beteiligt sind, ist bereits am Laufen. Weitere ähnliche Vorhaben könnten folgen.

Die Regierung ist sich also der Bedeutung des Problems, das von Grossrat Haenni angesprochen wurde, bewusst und ist bereit, mögliche Massnahmen zu prüfen, mit denen die Situation verbessert werden kann.

Der Staatsrat beantragt Ihnen, dieses Postulat erheblich zu erklären. Er überweist dem Grossen Rat den entsprechenden Bericht innert der gesetzlichen Frist.

Freiburg, den 4. September 2007